

Antrag

**der Abgeordneten Cansu Özdemir, Christiane Schneider, Kersten Artus,
Tim Golke, Norbert Hackbusch, Dora Heyenn, Heike Sudmann
und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

**Haushaltsplan-Entwurf 2013/2014
Einzelplan 4**

**Betr.: Weg vom alljährlichen Hin und Her beim Winternotprogramm – hin zur
ganzjährigen Grundversorgung!**

Rund 5.400 Menschen in Hamburg sind wohnungslos. Nach der letzten empirischen Untersuchung im Jahr 2009 obdachloser Menschen in Hamburg, leben 1.026 Personen auf der Straße. Der Senat hat sich bislang bedauerlicherweise nicht darum bemüht, aktuellere Zahlen zur Obdachlosigkeit in Hamburg zu erhalten. Aus den Erfahrungen des letzten Winternotprogramms hat sich zudem ein Zugang von obdachlosen osteuropäischen EU-Bürgerinnen und -Bürgern ergeben. Hierbei handelt es sich nicht um ein temporäres Problem. Die Migration innerhalb der EU wird in den nächsten Jahren aufgrund der Finanzkrise zunehmen. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass nicht nur aus den osteuropäischen, sondern auch aus den krisengeschüttelten südeuropäischen Ländern sogenannte Arbeitsmigranten/-innen in Hamburg ankommen werden. Hamburg muss mit dieser Situation umgehen, unter anderem auch im Erfrierungsschutz, wie auch in der öffentlich-rechtlichen Unterbringung.

Gleichzeitig gibt es immer weniger Sozialwohnungen und die Kapazitäten der öffentlich-rechtlichen Unterkünfte sind schon seit dem Sommer 2012 ausgelastet. Die Lage der Obdachlosen und Wohnungslosen in der Stadt spitzt sich immer weiter zu. In letzter Zeit geraten nicht nur Einzelpersonen in die Wohnungs- oder Obdachlosigkeit, sondern auch vermehrt Haushalte mit Kindern. 43 wohnungslose Haushalte mit Kindern wurden im Jahr 2012 in Hotels untergebracht. Die bezirklichen Fachstellen für Wohnungsnotfälle haben jedoch Mühe, wohnungslose Personen in die Notunterkünfte zu vermitteln, da diese aus allen Nähten platzen. Ein Übergang aus den öffentlich-rechtlichen Unterkünften ist kaum möglich, da die Vermittlung in gesicherten Wohnraum aufgrund der Wohnungsnot nicht möglich ist. Hinzu kommt, dass auf dem Wohnungsmarkt gegenüber wohnungs- und obdachlosen Menschen Vorurteile herrschen.

Auch die Kapazitäten des am 1. November 2012 gestarteten Winternotprogramms waren nach kurzer Zeit ausgelastet. Im Winternotprogramm in der Spaldingstraße müssen Obdachlose in Gemeinschaftsräumen auf Stühlen schlafen. Aufgrund des Andrangs wurde die Anzahl der Plätze in der Spaldingstraße von 160 auf 230 erhöht. Eine Erhöhung der Plätze in der Spaldingstraße stellt für das Münzviertel eine hohe soziale Belastung dar, mit der die Anwohnerinnen und Anwohner konfrontiert sind. Auch für die Obdachlosen sind die Zustände in der Spaldingstraße unerträglich, denn das Zusammentreffen verschiedener sozialer Problemlagen führt zu Konflikten. Die Tatsache, dass die Obdachlosen morgens das Winternotprogramm in der Spaldingstraße verlassen müssen, ist ebenso unerträglich. Dabei weisen die Tagesaufenthaltsstätten enorme Auslastungskapazitäten auf und können den Ansturm nicht mehr bewältigen. Der Schutz vor Kälte muss obdachlosen Menschen auch tagsüber gewährt werden, denn auch tagsüber können Menschen erfrieren.

Bislang ist keine Abkehr von der Konzeption ständig neu aufgelegter „Winternotprogramme“ anstelle eines ganzjährigen Grundversorgungskonzepts für obdachlose Menschen ersichtlich. Zwar liegt ein Gesamtkonzept der Wohnungslosenhilfe in Hamburg vor, das aber eher einer Auflistung kleinerer Projekte gleicht und wenig an der sich immer weiter zuspitzenden Gesamtsituation der Wohnungs- und Obdachlosigkeit ändern wird. Ein ernstzunehmender Umbau des Systems wie in München würde sich auszahlen. Zusammen mit freien Trägern und Investoren hat diese Stadt die Zahl der Wohnungslosen so reduzieren können, dass jeder Wohnungslose spätestens nach zwei Jahren eine Wohnung hat. Dafür braucht Hamburg zuallererst ein Gesamtkonzept, um nicht auch im nächsten Winter das alljährliche Hin und Her beim Winternotprogramm zu erleben und um die Wohnungs- und Obdachlosigkeit langfristig zu bekämpfen. Kurzfristig muss die Stadt Maßnahmen ergreifen, um die Situation zu entlasten.

I. Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. die Wohnungswirtschaft weit über den tatsächlich sozial gebundenen Bestand hinaus in ihre soziale Verantwortung zu nehmen und sich zusätzliche Belegrechte zu sichern, um kurzfristig viel mehr Wohnungen zur Anmietung für beziehungsweise durch wohnungs- und obdachlose Menschen zur Verfügung zu stellen. Dabei sind auch leer stehende Wohnungen in städtischem Eigentum für die Vergabe an Obdach- und Wohnungslose herzurichten.
2. auf alljährliche Massenunterkünfte wie in der Spaldingstraße zu verzichten.
3. kleinere dezentrale Notunterbringungsplätze für die verschiedenen Zielgruppen, insbesondere für Frauen und junge Menschen zu schaffen. Leer stehende Gebäude in öffentlichem Eigentum als Unterkünfte für obdach- und wohnungslose Menschen herzurichten.
4. die Tagesaufenthaltsangebote bei den freien Trägern der Wohlfahrtspflege auszuweiten und die darin bestehenden Beratungsangebote in Richtung einer niedrigschwelligen ganzheitlichen Beratung und Betreuung mit Schwerpunkt auf Sozialberatung und Schuldnerberatung sowie psychosoziale Hilfen auszubauen.
5. eine regelmäßige Berichterstattung zur Lage obdachloser Menschen in Hamburg mit wissenschaftlicher Evaluation des Hilfeangebots einzurichten.
6. bis zum 31.03.2013 ein überarbeitetes Gesamtkonzept zur langfristigen Bekämpfung der Wohnungs- und Obdachlosigkeit vorzulegen, das die Armutsbeziehungsweise Arbeitsmigranten/-innen mit einschließt.

II. Die Bürgerschaft möge beschließen:

Für einen ernstzunehmenden Umbau des Systems 20 Millionen Euro pro Jahr für einen zu schaffenden Fonds zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit bereitzustellen.